



Lindauer Hoybote

Seite 2 Unsoziale Bundespolitik
Ostermarsch 2004

Seite 3 Golfclub Schönbühl
Polizeieinsatz bei Orgelkonzert

Seite 4 Einstimmig auf's Abstellgleis
Die LZ und die Bunte Liste

Wie Leifert die Kreisräte einseifert

Unser Krankenhaus darf nicht verscherbelt werden!

Landrat Leifert lamentiert nunmehr seit einigen Monaten, das Lindauer Kreiskrankenhaus sei für den Landkreis finanziell nicht mehr tragbar. Verbindlichkeiten von 4 Mio Euro, die in den letzten Jahren nach einer 35 Mio Euro teuren Gesamtanierung übrig geblieben sind, werden von Leifert zur finanziellen Kreiskatastrophe hochstilisiert. Auch wenn das Betriebsergebnis für 2003 mit einem Minus von 600.000,00 Euro ausgewiesen wird, arbeitet das Lindauer Krankenhaus kostendeckend: In diesem Betrag stecken hauptsächlich Zinsen und Tilgung für die oben genannten Restverbindlichkeiten sowie Abschreibungen. Das reine betriebsbedingte Defizit liegt nur bei ca. 80.000,- Euro.

Fakt ist, dass der Landkreis Lindau seit fast zehn Jahren aus seinem Haushalt keine müde Mark an das Krankenhaus Lindau als Verlustausgleich hat bezahlen müssen.

Defizitausgleich des Kreiskrankenhauses Lindau und des Otto-Gessler-Krankenhauses Lindenberg durch den Kreis

Jahr	Lindau Euro	Lindenberg Euro
1996	0,00	0,00
1997	0,00	150.000,00
1998	0,00	290.000,00
1999	0,00	215.000,00
2000	0,00	217.000,00
2001	0,00	350.000,00
2002	0,00	250.000,00
Summe	0,00	1.472.000,00

Das Lindauer Krankenhaus belastet seit Jahren den Kreishaushalt mit 0 Euro. Obschon das Krankenhaus Lindenberg kostet und kostet gilt die Devise: Erhalt der Kreiskrankenhäuser in kommunaler Hand!

Im krassen Gegensatz dazu stehen die jährlichen Verlustzuweisungen an das Krankenhaus Lindenberg, die sich von 1996 bis 2002 auf insgesamt ca. 1.472.000,- Euro belaufen.

In Anbetracht dieser Zahlen fragt man sich doch, woher und warum die Aufregung über das Lindauer Kreiskrankenhaus? Warum ereifert sich Herr Leifert nicht über „sein“ Lindenberg? Und im Gegensatz zu Lindau steht das Krankenhaus in Lindenberg erst jetzt vor einer längst überfälligen Generalsanierung.

Verscherbeln als Lösung?

Anstatt die ihm gestellten Aufgaben und Probleme zu lösen, wofür er gewählt wurde, entzieht sich dieser Landrat seiner Verantwortung. Offensichtlich unfähig, eigene konzeptionelle Strategien für die Zukunft des kommunalen Krankenhauses in Lindau zu entwickeln, wird die politische Billiglösung gewählt. Das Kreiskrankenhaus in Lindau soll an Private verscherbelt werden. Denn beim Krankenhaus in Lindenberg beißt sich Leifert an dessen Träger, dem Roten Kreuz, die Zähne aus. Und die Privaten reiben sich die Hände. Kommen sie doch dadurch zu einem Schnäppchen, das Staat und Landkreis in den letzten 17 Jahren mit Millionen Steuergeldern saniert und technisch modernisiert haben. Unser Krankenhaus ist nun nämlich eines vom Feinsten.

Auch sonst ist es ein Schnäppchen:

Das Gebäude soll z.B. an die Procuramed für 300.000,- Euro verpachtet werden. Rechnet man diese Pacht um auf eine Monatsmiete, so ist Leifert bereit, für 2.50 Euro/m² zu vermieten. Der übliche Preis für solche hochspezialisierte Mietflächen (Klima, Lüftung, Notstromversorgung etc.) liegt aber im Minimum bei 10 Euro/m². Deshalb müsste der Landkreis eine Jahrespacht von mindestens 1,2 Mio. fordern. Alles andere stellt eine Verschleuderung von Volkvermögen dar.

Gesunder Profit?

Worin hier für den Landkreis die finanzielle Entlastung bestehen soll, wird wohl immer das Geheimnis unseres Wirtschaftsfachmannes Leifert bleiben.



Lindau's Krankenhaus am Tropf? Mitnichten!

Und im schlimmsten Fall macht auch noch der private Betreiber pleite. Dann wird's wirklich teuer. Nicht nur verlieren die Bürger ihr Krankenhaus. Der Kreis muss zudem auch noch die gezahlten Fördermittel an den bayerischen Staat zurückzahlen. Gesundheit stellt ein hohes Gut dar. Sie darf nicht vermarktet werden. Schon gar nicht darf sie zur Profitmaximierung missbraucht werden. Nicht ohne Grund hat der Gesetzgeber die Errichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern der öffentlichen Hand zur Pflichtaufgabe gemacht. Bei Gesundheitsvorsorge, Trinkwasser, Schulbildung, öffentliche Verkehrsmittel und Polizei erwartet niemand vom Staat, dass er damit Gewinne macht. Die Bürger haben einen Anspruch auf diese Dienstleistungen. Sie beanspruchen zu Recht eine flächendeckende Grundversorgung in hoher Qualität. Denn dafür zahlen wir doch unsere Steuern und Krankenkassenbeiträge. Unser Krankenhaus darf nicht verkauft werden.

Klaus Thiel, Alexander Kiss

Städtischer Haushalt 2004

Auf der Suche nach dem Stein der Weisen

Seit Jahrzehnten redet diese Stadt vom Sparen. Und diese Stadt verbuchte es schon als Erfolg ihrer Sparsamkeit, wenn der Schuldenberg langsamer wuchs als das Jahr zuvor.

Die Bunte Liste hat dieses Tun immer wieder als verantwortungslos kritisiert. Die nächsten Generationen zahlen die Zeche und die Zinsen. Darum wurden die vergangenen Haushaltssatzungen immer gegen die Stimmen der Bunten Liste verabschiedet. Dieses Jahr scheint eine Wende zu bringen. Nicht ganz freiwillig, sondern dem Druck der Aufsichtsbehörde beugend, legte die Stadtverwaltung einen Finanzentwurf ohne Anwachsen der Schulden vor. Die dafür notwendigen Kürzungen und Gebührenerhöhungen führten zu kontroversen Diskussionen. So halten wir die abermalige Erhöhung der Kindergartenbeiträge für einen gravierenden Fehler. Auch die Personalkürzungen im Kulturstadamt sind kurzfristig.

Andererseits stehen die Parkgebührenerhöhungen im Einklang mit dem Programm der Bunten Liste.

Schwarze Löcher

Bei genauerer Betrachtung des Rechenwerkes hat man das Gefühl, die Stadtverwaltung hält kollektiv die Luft an. In der Hoffnung, nächstes Jahr wieder kräftig aufatmen zu können.

Dieser Wunsch bleibt mittelfristig unerfüllt. Denn unser Haushalt hat noch zu viele schwarze Löcher, um als nachhaltig bezeichnet zu werden. So wurden 1 Million Euro aus den Rücklagen genommen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Die Rücklagen sind damit aufgezehrt. Wir müssen also im nächsten Jahr mit mindestens einer Million weniger auskommen. Dann kreisen da noch gut 6 Millionen Schulden außerhalb unseres Haushalts im städtischen Orbit. Wenn wir unsere Gewerbegrundstücke nicht bald zu Geld machen können, werden die Zinskosten heftige Krater in die Lindauer Finanzlandschaft schlagen. Ein weiterer Liebesdienst für die heimische Wirtschaft, das Internationale Hochschulinstitut IHL, gerät mehr und mehr zum Mühlstein am Hals des Kämmers. Mit jährlich über 200.000,- Euro haben die Lindauer SteuerzahlerInnen dieses Projekt gesegnet. Ein Mehr ist nicht zu verantworten.

Heikle Entscheidungen

Um den städtischen Haushalt nachhaltig zu gestalten, werden wir uns von liebgewonnenen Gewohnheiten trennen müssen. Ob Bäder oder Weihnachtsmarkt, kostenloses Parken oder aufwändige Blumenbeete – einiges wird auf der Strecke bleiben. Die Entscheidungen werden nicht einfach. Aber wir werden diese Einsparungen vermitteln können, wenn wir auch den „Großkopferten“

von der DB AG, AXIMA oder Bahlsen selbstbewußt klar machen, daß in Lindau nichts mehr zu holen ist. Also keine schwachsinnige Bahnhofsverlegung und keine Subvention von Gewerbegrundstücken. Wenn uns dies nicht gelingt, wird die Sanierung unserer Finanzen scheitern.

Gerechtigkeit

ist schon immer ein wesentliches Gut der Demokratie. In Zeiten der Verteilung von Wohltaten ist dieser Begriff mehr und mehr verschwommen. So lange alle etwas bekamen, wollte da keiner kleinlich sein. Wenn's aber an's Abspecken geht, kommt dem gerechten Verteilen der Grausamkeiten eine zentrale Bedeutung zu. Dies bekommen die Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene deutlich zu spüren. Der vorliegende Haushalt 2004 könnte eine Wende in Richtung Nachhaltigkeit sein.

Darum stimmt die Bunte Liste diesem Entwurf zu. Doch ob dieser Rat diesen steinigen Weg weitergeht, wird sich zeigen. Und das schon morgen, denn: Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt!

Uli Kaiser

Unsoziale Bundespolitik

Das Schlimmste daran ist: Die Leute glauben es

Bis Ende der 70er Jahre waren Reformen „soziale Verbesserungen für breite Bevölkerungsschichten“. Seither wurde der Begriff durch die Politiker ins Gegenteil umgedeutet: Als Reform gilt nun der rücksichtslose Griff in die Taschen der kleinen Leute. Beispiele:

Rentenreform

Um den Unternehmeranteil an den Rentenbeiträgen zu reduzieren, dürfen Lohnabhängige nun (über die Riesenrente scheinbar freiwillig) mehr berappen, sonst sinkt die Rente drastisch. Dazu wird mit der „Entbürokratisierung“ das Geschäft mit den Renten für die Wünsche der Versicherungskonzerne zugerichtet. Die Weiterentwicklung dieser „Reform“ durch den „Nachhaltigkeitsfaktor“ zieht nochmals eine Rentenkürzung nach sich.

Krankenkassenreform

Um den Unternehmeranteil an den Krankenkassenbeiträgen zu senken, dürfen die Lohnabhängigen Praxisgebühren, erhöhte Krankenhaustagegelder und dickere „Eigenbeteiligungen“ bei den Medikamenten berappen (als sei der ganz normale Krankenkassenbeitrag keine Eigenbeteiligung!).

Arbeitslosenunterstützung

Durch die Kürzung auf Sozialhilfeniveau wird durch die Hintertür entweder eine Verarmung der Millionen von Arbeitslosen oder eine Art Zwangsarbeit für all die eingeführt, die wegen der Versorgungspflicht für ihre Angehörigen mit der Sozialhilfe nicht auskommen können.

Gesundheitswesen

Um den Unternehmeranteil an Krankenkassenbeiträgen zu begrenzen, müssen Patienten nun alle Medikamente, die nicht verschreibungspflichtig sind, selbst bezahlen. Dazu: Viele der bislang verschreibungspflichtigen Präparate sind es nicht mehr. Das heißt: Selbst bezahlen!

Steuerreform

Um Unternehmen und Vielverdienern dicke Steuer-senkungen zu ermöglichen, dürfen sich Klein- und Mittelverdiener zwar einer geringfügigen Reduzierung

ihrer Quote erfreuen, andererseits wird es ihnen durch Streichung von Freibeträgen und Verschlechterungen im medizinischen Bereich (s.o.) mehrfach wieder genommen.

Arbeitszeitreform

Um Unternehmen eine noch höhere Nutzung der Lohnabhängigen zu garantieren, sollen diese (möglichst ohne Verdienst!) wöchentlich wieder länger arbeiten. Der Konsum ist jedoch ohnehin zu niedrig, weswegen man noch mehr Mitarbeiter entlassen muss. Jede Stunde Mehrarbeit bringt hunderttausende Arbeitslose, die die Unternehmen nicht mehr bezahlen müssen und noch feiner raus sind. Angesichts steigender Arbeitslosenzahlen können sie Löhne und Gehälter zusätzlich drücken.

Lebensarbeitszeit

Das Arbeitsleben bis zum 67. Lebensjahr auszudehnen dient dem gleichen Zweck: Jeder weiß, dass keiner so lange arbeiten wird, denn schon heute sondern die Unternehmen die 50-Jährigen aus. Nicht die Lebensarbeitszeit wird verlängert, sondern die Arbeitslosenzahl gesteigert, sowie der Rentenanspruch um zwei Jahre gekürzt!

Notwendig?

Das Schlimmste an all diesem ist, dass Unternehmer und die von ihnen abhängigen Politiker und Medien die oben genannten Zumutungen als „Notwendigkeit“ dargestellt und dies andauernd so frech wiederholt haben, dass viele kleinen Leute das nun glauben und nachbeten. Dabei wären die meisten Menschen sicherlich bereit, etwas höhere Belastungen hinzunehmen, wenn sich die Unternehmer nicht schamlos aus der Verantwortung stehlen würden. Wenn jedoch WählerInnen sich von einem Regierungswechsel Besserung erhoffen, so übersehen sie, dass alle Regierungen in unserem System nur das tun, was das Kapital, also die Unternehmen, zulassen.

Eckhard B. Strohschänk



**Internationaler Bodensee-Ostermarsch 04
am 12. April in Rorschach**

Frieden ist möglich! Doch in welcher Welt?

Rund ein Jahr nach dem Angriffskrieg der US-Regierung und ihrer Verbündeten in London, Warschau usw. wird am Ostermontag, den 12. April 2004 in Rorschach der diesjährige Internationale Bodensee-Ostermarsch für Frieden, Demokratie und Umweltschutz stattfinden. Nordschweizer Friedensorganisationen, Gewerkschaftsmitglieder, ökologische und ökumenische Gruppen, unterstützt aus Lindau u.a. von der Bunten Liste, den Grünen und der PDS, rufen dazu auf. Ihr Motto lautet „Frieden ist möglich – Internationale Solidarität für eine gerechte Welt“.

Nachdem diese gegen Militarismus gerichtete Bodenseetradition aus dem Jahre 1988 zuletzt in Überlingen, Lindau, Bregenz und Konstanz durchgeführt wurde, ist beim 13. Marsch wieder einmal das schweizerische Bodenseeufer Schauplatz der Friedens-Manifestation. Ab 14.00 Uhr wird an verschiedenen Orten der Demonstration u.a. an den Rorschacher Brief „Wir sind aufs Höchste empört!“ erinnert, die dringliche Aufgabe der menschenwürdigen Integration von Menschen verschiedenster Herkunft in den modernen Gesellschaften eingefordert und an regionale Beispiele der grenzüberschreitenden Solidarität erinnert.

Den weltpolitischen Hintergrund bilden die Ablehnung der Besatzungsarmeen im Irak, die blühenden Drogen-geschäfte im von westlichen Truppen mit kontrollierten Afghanistan der Gegenwart und der Teil des vorgelegten EU-Verfassungsentwurfes, der eine Aufrüstungsverpflichtung für die Mitgliedsländer enthält. Seit diesem Jahr existiert bereits ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“. Dazu wurden Kernsätze für eine historisch neue Form eines drohenden EU-Imperialismus formuliert: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen.“ Zentraler Widerstandspunkt hiergegen wird nach den Ostermärschen die internationale Demonstration am 9. Mai 2004 in Rom sein: „Gegen diese EU-Verfassung – für ein Europa, das sich dem Krieg verweigert“.

Der Internationale Bodensee-Ostermarsch 2004 beginnt am 12. April um 14.00 Uhr am Hafengebäude in Rorschach. Abfahrt per Zug ab Lindau ist um 12.25 Uhr mit Ankunft in Rorschach um 13.38 Uhr.

Kontakt u.a. über Schweizerischer Friedensrat, Postfach 6386, CH-8023 Zürich; Tel: 00411 242 9321; www.friedensrat.ch oder info@friedensrat.ch.

Charly Schweizer



Einem Antrag der Bunten Liste half der Förderverein Hintere Insel auf die Sprünge: Noch in diesem Frühjahr soll mit den Bauarbeiten für einen zusätzlichen, neuen Seezugang begonnen werden. Möglich wurde dies durch eine Spendenaktion, bei der der Förderverein die eingegangenen Spenden in Höhe von 2.500,- Euro auf 5.000,- Euro verdoppelte. „Die Rückeroberung des öffentlichen Raumes, ein erklärtes Ziel des Fördervereins kommt damit ein gehöriges Stück voran“, wie KarlHeinz Brombeis bei der Scheckübergabe an OB Seidl betonte.

Gute Politik, nicht nur zu Wahlkampfzeiten

www.bunteliste.de

Golfclub Schönbühl – Eine unsägliche Geschichte

Vom artenarmen Intensivgrün zur farbenfrohen Blechwiese

Zu Erinnerung: 1988 wurde das neue Golfclubhaus genehmigt. Kleiner als beantragt und der Parkplatz nur mit 12 Plätzen. Die Regierung von Schwaben kommentierte dazu noch:

„Aus fachlicher Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist es im Sinne des Sportbetriebes und der Erholungsfunktion für die Spieler und die Zuschauer zumutbar, den Weg von den übrigen Parkplätzen zum Golfplatz und zum Golfclubhaus zu Fuß zurückzulegen.“

Das war Balsam auf die Seele der Naturschützer. Damit war das Thema vom Tisch, glaubten wir.

Alpträume

Nun gibt es einen Golfclub nicht, um die Natur zu schützen, es gibt ihn, um die Natur zu „nützen“. Zum Golfen natürlich, aber auch zum Parken. Hartnäckigkeit scheint sich auszuzahlen. Nach dem Motto, „neuer Stadtrat – neues Glück“ haben wir nun einen Golfclub mit einem langjährigen Präsidenten, der es mal wieder probiert.

Dem erweiterten Gastronomiebetrieb können Parkplätze auch nichts schaden. Dazu haben wir eine Oberbürgermeisterin, der ein gräflicher Präsident einfach besser liegt, als ein Bund-Naturschutz-Vorsitzender. Die den angeblichen Bedarf der Golfer höher wertet, als den Lebensraum der Tiere „da oben“. Die, die sonst fast immer vorbildlich informiert, aber hier Dokumente und Informationen in „merk-würdiger“ Weise zurück hält.

Da haben wir einen Bauamtsleiter, öööhm, der kein Herz für die Gegend hat. Wie soll er auch. Er kennt, genau wie die OB, das Schönbühl nur so, wie es heute da liegt. Da haben wir ausführende Beamte, die es besser wissen müssten, die aber ins gleiche Horn blasen, wie ihre Chefs. Aus welchen Gründen auch immer.

Da haben wir eine Untere Naturschutzbehörde, der die Meinung des Landrats wichtiger ist, als die alte Stellungnahme der Regierung. Was interessieren uns die Auflagen von gestern?

Und dann haben wir noch einen Stadtrat, der keine Hemmungen hat, das Schönbühl für diese und weitere Bebauungen frei zu geben. Die privaten Interessen gehen vor, wen interessieren die Belange der Natur? Alles in allem, der Stoff aus dem des Naturschützers Alpträume sind.

Von der Lindauer Zeitung nicht veröffentlicht!

Den nachstehenden Leserbrief wollte die LZ nicht veröffentlichen. Ein wesentliches Argument von Chefredakteur Augustin war: Wenn Veröffentlichung, dann muss er den Namen des „betreffenden Mannes“ nennen... Machen Sie sich bitte Ihren eigenen Reim drauf.

Polizeieinsatz bei Orgelkonzert!

Als Orgelliebhaber freue ich mich seit der Ankündigung auf die Jubiläums-Organkonzerte im Münster „Unserer Lieben Frau“. Ich möchte keines verpassen. Ich bin pünktlich da und steuere die ersten Sitzreihen an, um auch die Marienorgel vorne, voller genießen zu können. Ein Mann sitzt bereits am Einlass der Bank. Willig steht er auf und lässt mich passieren. Im Vorbeigehen bemerke ich seine „Fahne“ aber mich stört's nicht. Ich bin auf Orgel eingestellt und erwartungsvoll öffne ich mich der Musik. Irgendwann steht wohl der Mann auf, kniet betend vor der Altartreppe, wandelt leise durch den Mittelgang und kehrt an seinen Platz zurück. Während der Musik ist er ganz still. In den Pausen höre ich leise gesprochene Gebetsstücke wie: ... gedenke unserer lieben Verstorbenen, ohne die wir nicht wären und an die, die als nächste sterben werden, sowie lateinische Wörter.

Nach Johann Pachelbels Partita sopra: „Was Gott tut, das ist wohl getan“ stehen plötzlich zwei Polizisten vor uns



Kein Golfwagen, kein Volkswagen und erst recht kein BMW ...: keine Blechwiese an dieser Hangkante des Schönbühls

Erich Jörg vom Bund-Naturschutz Lindau hat bei der Regierung von Schwaben eine Aufsichtsbeschwerde gegen Stadt und Landratsamt eingereicht. Zitat:

„Wir empfinden die Entscheidung aus mehreren Gründen für unhaltbar: sie basiert auf Verfahrensfehlern erheblichen Ausmaßes und einer äußerst einseitigen Abwägung von Einwendungen zugunsten der Parkplatzbauer.“

Welche Verfahrensfehler sieht Erich Jörg?

- Die Auflagen von 1988 wurden übergangen.
- Informationen wurden den Stadträten vorenthalten bzw. zu spät gegeben.
- In der Baugenehmigung hat die Stadt keine dingliche Absicherung der Parkplätze veranlasst und durchgesetzt.
- Die Artenschutzmaßnahmen wurden falsch beurteilt.
- Qualifizierte Einwände wurden nicht beantwortet.
- Fehlerhafte und sachfremde Beurteilung durch Untere Naturschutzbehörde und Stadt.
- Fehlerhafte Behandlung des BN-Einwandes.

und fordern den Mann auf, die Kirche zu verlassen. Das Entsetzen spricht mir wohl aus den Augen, denn peinlich berührt antwortet der Polizist mit einem verschämten Schulterzucken. Der Mann weiß, was ihm geschieht, schweigend folgte er der Anweisung, salutierte vor der „Staatsmacht“, und folgt friedlich. Ich verliere fast die Fassung. Der betende Mensch neben mir und unter all den andächtig lauschenden Menschen, wird, dazu noch von der Polizei, aus dem Haus, das das Haus Gottes sein soll, geworfen? Welcher Mensch kann solches veranlassen? Das nächste Orgelstück: „Die Vogelpredigt des Hl. Franziskus“, von Franz Liszt, geht an mir vorbei. Ich kann nicht mehr hören und mag nicht mehr bleiben. Was hätte wohl der Hl. Franziskus zu dieser Situation gesagt und wie hätte er gehandelt? Wäre er gleich mit dem Mann und der Polizei gegangen? Ich habe es nicht gleich getan, ich schäme mich.

Lothar Höfler

Erich Jörg wörtlich:

„Wir hatten nie behauptet oder erklärt, dass die für den Bau von Parkplätzen vorgesehene Golfplatzwiese eine ökologisch wertvolle Pflanzenvielfalt beherbergt. Wir wissen um die Pflanzenarmut der Golfplatzwiesen. Dagegen hatten wir stets in besonderem Maße auf die Verletzung und die Zerstörung der landschaftlichen Paradelandschaft des Schönbühls hingewiesen. Das gerade nahm die Stadt Lindau in ihrer Antwort zur Abwägung nicht zur Kenntnis. Sie bezog sich schlicht auf etwas, das wir gar nicht vorgetragen haben. Das ist in hohem Maße beanstandenswert und stellt einen groben Verfahrensfehler dar.“

Wir können nur hoffen, dass wenigstens die Regierung von Schwaben standhaft bleibt und den Frevlern eine Abfuhr erteilt.

Götz Rauch

Realschulsanierung oder erneute Flächenversiegelung?

Eine erhebliche Anzahl abgegebener grüner Stimmen hat mit Sicherheit dazu beigetragen, dass Herr Leifert aus der Landratsstichwahl als Sieger hervorgehen konnte. Aus diesem Grund sollte er meines Erachtens in seinen Entscheidungsprozessen „grünes“ Gedankengut nicht gänzlich „den Bach runterfließen lassen.“ In Sachen Realschule hieße dies: Verantwortungsvoll mit Machbarkeitsstudien umzugehen, die der zunehmenden Versiegelung grüner Flächen entgegenwirken und dabei dennoch dem jeweiligen Anliegen ernsthaft gerecht werden wollen. Ohne Zweifel gibt es auch berechtigte Einwände gegen eine Sanierung und Erweiterung der alten Schule. Dass aber die Generation, der ein Schulhausneubau zugute kommen soll, einmal erhebliche Bauwahn-Folgelasten tragen muss, ist jetzt schon abzusehen. Wenn in Zeiten zunehmender Aggression und Gewaltbereitschaft eine im wahrsten Sinn des Wortes hautnahe Möglichkeit besteht, den bekannten Entspannungs- und Erholungswert von Naturschauspielen auf Jugendliche wirken zu lassen, dann sollte dieses Geschenk dankbar erhalten und nicht unsensibel verschleudert werden. Wir laufen doch Gefahr, immer häufiger Geschenke der Natur mit Unachtsamkeit zu behandeln. Ich denke dabei an den aufatmend-lassenden Blick ins Rheintal und auf das Schweizer Gebirge vor dem Spielbank - Neubau oder an das einzigartige Panorama der Hafeneinfahrt beim Verlassen unseres Insel-Bahnhofs. Große Räume, schnell und geradlinig von einem Ort zum anderen kommen zu können, möglichst wenig Treppen überwinden zu müssen, das sind Anliegen, die wir bei Neubauten umgesetzt haben möchten. Aber auch Schulen, die diese Kriterien erfüllen, haben sich mit Problemen und Beklagenswertem auseinanderzusetzen.

Über viele Jahre hinweg konnte ich als Lehrerin und Pausenaufsicht auf dem Altstadt-Schulhof ein problemloses und friedliches Nebeneinander von Kleinen und Heranwachsenden beobachten. Das empfand ich als sehr wohltuend und alles andere als selbstverständlich. Vielleicht hat unser See seinen Anteil daran, an dessen angrenzender Mauer man sich weilend und plaudernd anlehnen und von der man genüsslich die Beine und immer wieder auch einmal die Seele baumeln lassen kann.

Sibylle Gasch

Einstimmig aufs Abstellgleis

Ein Bärenienst für Lindau und den Hauptbahnhof?

Am 15. Januar 2004 beschloss Lindaus Stadtrat einstimmig seinen juristischen Einspruch gegen die vom DB-Management eingereichten Pläne zu einem neuen Lindauer Personenbahnhof in Reutin. Dem waren in der öffentlichen Sitzung aufschlussreiche und fundierte Stellungnahmen städtischer und externer Fachleute zu den Plänen und deren Auswirkungen auf Lindau vorher gegangen.

Die gut 200 Anwesenden in der Inselhalle horchten auf, mit welcher Deutlichkeit und bestechender Logik die Experten beinahe einstimmig die Gefahren, Zerstörungspotentiale und Widersinnigkeiten der DB-Planungen erläuterten. Erleichterung machte sich unter den als „Anlieger“ bezeichneten Menschen und den grundsätzlichen GegnerInnen der Bahnhofsverlegungspläne breit. Diese schlug zwei Stunden später in vorübergehende Verwirrung, Kopfschütteln und nachhaltige Bestürzung darüber um, was anschließend als „Lindauer Alternativplanung innerhalb des Planfeststellungsverfahrens“ von Fachanwalt Prof. Dr. Birk und der Freien Planungsgruppe 7, beide aus Stuttgart, vorgetragen und in den einstimmigen Stadtratsbeschluss übernommen wurde. Sollte das Management der DB AG dieses „Lindauer Stadtratskonzept“ während oder nach dem mündlichen Anhörungsverfahren vom 19. bis 23. April übernehmen, so würden der Lindauer Bahnhof und der ZUP des Stadtbusses nach Reutin verlegt, auf der Insel verbliebe vorläufig ein kleiner gesichtsloser Haltepunkt für einen Bruchteil der bisherigen Züge im Bereich zwischen Postamt und Thierschbrücke und das DB-Management könnte den Lindauer Stadtrat als Zustimmungsgremium landauf und landab vorführen. Der Lindauer Löwe läge endgültig als Bettvorleger am Boden.

Ein tatsächlich eigenständiges Stadtratskonzept zur Erhaltung des Hauptbahnhofes auf der Insel in moderner Form außerhalb des juristisch engen Schranken des Planfeststellungsverfahrens der DB AG scheiterte bis heute an jener Stadtratschälfte, die bisher grundsätzlich selbst für eine Verlegung nach Reutin war. Einige der vielen Widersinnigkeiten des am 15. Januar beschlossenen Konzeptes sind folgende:

- Auch nach diesem Konzept würde die Zahl der die Stadt dann durchkreuzenden Züge sich von heute 100% auf dann 334% steigern, mit allen Folgen bezüglich Lärm, Abgasen und der Sperrriegelwirkung der dann notwendigen Abwehrmaßnahmen.
- Der zentrale Umsteigepunkt ZUP des Stadtbusses an einem zukünftigen Reutiner Bahnhof würde die bisherige Zahl an Bushaltestellen im westlichen und nordwestlichen Stadtgebiet verringern, damit der Halbstunden-Takt insgesamt beibehalten werden könnte.

- Die Stadt begäbe sich in dreifache finanzielle und planerische Abhängigkeit vom DB-Management, um neben den gewünschten Flächen für die Gartenschau 2017 nördlich der Ladestraße auch noch Grund für den neuen ZUP auf ehemaligem Reutiner Bahngelände und Grund für eine neue Straße auf die Hintere Insel kaufen zu können.
- Die Thierschbrücke zur Hintere Insel soll nach diesem Konzept nicht durch eine neue und leistungsfähigere ersetzt werden, sondern abgerissen werden, um dann auf teuer von der Bahn erworbenem Grund eine neue Straße westlich des „Filmpalastes“ und dem alten Postgebäude und bei diesem im rechten Winkel zur Hintere Insel bauen zu können. Teurer Boden in „bester Citylage“ müsste dann von der finanzschwachen Stadt Lindau bei der DB AG gekauft und zu banaler Straßenfläche umgebaut werden. Das Resultat wäre lediglich, dass die bisherige Anbindung der rund 300 BewohnerInnen der Hintere Insel statt über die Thierschbrücke, dann durch eine Straße auf teurer ehemaliger Bahnfläche ersetzt würde.
- Die Erreichbarkeit des Lindauer Zentrums auf der Insel wäre nach diesem Konzept nur noch mit einer gewissen Anzahl der Züge aus Friedrichshafen und Bregenz möglich. Die Reisenden in den Zügen aus dem Landkreis Lindau, aus dem Allgäu, aus Augsburg und München müssten zuerst nach Reutin fahren, um dort zu warten und in jene Bregenzer Züge umzusteigen, welche dann noch auf die Insel fahren. Neben einer abschreckenden Wirkung auf einen Teil der Zugreisenden würde sich damit der Freistaat Bayern als Hauptfinanzier und Besteller des Regionalverkehrs mit Bundesmitteln aus diesem Teil der Finanzierung der Inselzufahrt verabschieden können.
- In Aeschach am „Holben“ sollen dann mehrteilige Triebwagenzüge aus Friedrichshafen „geflügelt“, also in jene Teile getrennt werden, die teils nach Reutin und teils auf die Insel fahren würden. Doch woher soll das Personal kommen, das dort diese Entkupplung und Zusammenkupplung bei Hin- und Rückfahrt der Teilzüge sachgemäß erledigt? Woher sollen außerdem dort die zusätzlichen Lokführer kommen, um dann beide Teilzüge zu fahren? Wer soll diese Zusatzkosten bezahlen? Und: Wer von den Bahnreisenden soll kapiere, ob er im richtigen Zugteil sitzt?
- Spätestens hier erfüllen diese Pläne Prof. Birks, der Planungsgruppe 7 und des Stadtrates die selbst gegebene Vorgabe nicht mehr, wenigstens jene Probleme ohne Zusatzkosten lösen zu können, die selbst erzeugt wurden.

Hört, hört:

Auf dem Lindauer Eisenbahnkongress Anfang März wurde bekannt, dass Prof. Birk in Stuttgart einer der leitenden Fachanwälte ist, welche die baden-württembergische Landesregierung dabei beraten, wie die Enteignungen der Bauern und Gemeinden auf den Filderflächen zum Bau eines neuen Messeareals beim Flughafen juristisch abgesichert vorgenommen werden können, ohne dass das unerwünschte Wort „Enteignung“ verwendet werden muss.

Ein von der DB AG an die Stadt Lindau Ende Oktober 2003 zugesandter Vertragsentwurf ergänzend zum Planfeststellungsverfahren sieht passend zum Stadtratsbeschluss vom 15. Januar u.a. vor,

- die „optimale Verwertung frei werdender Bahnflächen auf der Insel Lindau und in Lindau-Reutin im Einvernehmen mit den wirtschaftlichen Zielen der Bahn und den städtischen Entwicklungszielen der Stadt Lindau...“ und
- die „Sicherung und Bereitstellung der für den neuen Inselhalt benötigten Fläche ... in einem Ausmaß von ungefähr 0,4 ha.“ Die derzeitigen Bahnflächen auf der Insel betragen rund 9,5 ha. Etwa die Hälfte davon wären auch in Zukunft für einen modernen und tatsächlich kundenfreundlich funktionierenden Bahnhof auf der Insel nötig.

Vielleicht hat Lindaus Stadtrat ja noch die Kraft, selbst gemachte Fehlentscheidungen einzusehen und durch ein eigenes Bahnhofs- und Haltestellenkonzept mit einem modernisierten Hauptbahnhof auf der Insel zu ersetzen, bevor ihn diverse Abhängigkeiten von der Spitze der DB AG auf deren Schussfahrt zu einer Börsenpleite handlungsunfähig werden lassen.

Wie bemerkte Kurt Tucholsky doch 1931 in *Schloss Gripsholm*: „Und dann hielt das Auto da, wo alle besseren Geschichten anfangen: am Bahnhof.“

Karl Schweizer



Einfach erste Klasse, unser Inselbahnhof

Zuviel Lob?

Lindauer Zeitung streicht „Bunte Liste“ aus einem Leserbrief!

Das eigentliche Hauptanliegen meines Leserinnenbriefes bezüglich der Krankenhausprivatisierung wurde in der Lindauer Zeitung nicht abgedruckt. Begründung: Werbung für eine politische Gruppierung. Ich habe darin eher einen Hinweis gesehen, wo wir als Bürgerinnen und Bürger Alternativen und Hintergrundwissen für aktuelle kommunalpolitische Prozesse erwerben können, um dann informiert Unterschriften zu tätigen oder dies zu unterlassen. Außerdem ist eine Würdigung dieser Arbeit durchaus angebracht.

Besagter Passus lautete folgendermaßen:

In den vergangenen Tagen habe ich als Lindauer Bürgerin drei kommunalpolitische Veranstaltungen besucht: Zwei Abende in Sachen Krankenhausprivatisierung und die öffentliche Stadtratsitzung zur Bahnhofsfrage. Dort konnte ich aus dem Munde von Kreistags- zum einen und von Stadtratsmitgliedern zum anderen vernehmen, dass sie in beiden Entscheidungsprozessen zurückrudern wollen. Es stellte sich heraus, dass letztendlich die engagierte, recherchierende und anpackende politische Arbeit der „Bunten“, die jeden Sonntagabend im „Haus der Dialoge“ zusammenkommen, den Anstoß für neue Einsichten und ein Umdenken in Sachen „Krankenhaus“ gegeben hat. „Wir tappten bisher im Dunkeln“ war da z.B. zu hören und so erwiesenermaßen nicht nur mir als politischer Laie Augen und Ohren geöffnet. Und bei der Stadtratsitzung in Sachen „Bahnhofsstandort“ wurde meines Erachtens ebenso deutlich, dass die Bunte Liste auch hier von Anfang an politischen Weitblick, Sachverstand und Nachhaltigkeitsdenken besessen hat.

In der nächsten Zeit werden uns Informationen und Einladungen erreichen, die sowohl „Krankenhaus“ als auch „Bahnhof“ behandeln. Aber die Zeit drängt! Deshalb: Machen Sie sich, macht Euch auf die Socken und kundig, Lindauer und Lindauerinnen! Es ist notwendig, dass wir Pro und Kontra abwägen, um an die politisch Verantwortlichen unsere Vorstellungen und Forderungen heranzutragen, bevor die „Züge abgefahren sind.“

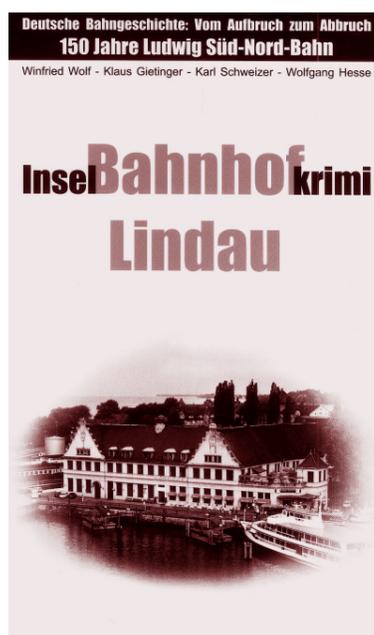
Sibylle Gasch

Impressum

V.i.S.d.P.: KarlHeinz Brombeis, Bismarckplatz 1-2, 88131 Lindau

Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de

Gestaltung: monomer - Produktion: Druckerei Kleb



Unser Buchtipp zum Thema:
Winfried Wolf u.a.: „Inselkrimi Bahnhof Lindau“,
Lindau 2004 ISBN 3-922504-44-2;
9,80 Euro in Lindaus Buchhandlungen.